

Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 15/3660, 15/3844 15/4322, 15/4324, 15/4325 –**

Entwurf eines Gesetzes

**über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2005
(Haushaltsgesetz 2005)**

hier: Einzelplan 60

Allgemeine Finanzverwaltung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der von der Bundesregierung geplante Verkauf von Forderungen der Postunterstützungskasse (PUK) gegen die Postnachfolgeunternehmen stellt keine seriöse und haushaltsrechtlich zulässige Maßnahme zur Haushaltsfinanzierung dar. Denn es handelt sich um eine verdeckte Kreditaufnahme, mit der finanzielle Lasten in die Zukunft verschoben werden. Der Bundesrechnungshof stellt dazu fest, es sei der vorrangige Zweck des Verwertungsgeschäfts, die Kreditaufnahme im Bundeshaushalt 2005 auf den nach Artikel 115 des Grundgesetzes verfassungsmäßig zulässigen Höchstbetrag zu begrenzen. Finanzwirtschaftlich wirke das Pensionsgeschäft wie eine Kreditaufnahme, die zu Zahlungsverpflichtungen in zukünftigen Bundeshaushalten führe. Im Übrigen fehle dem Geschäft die „Haushaltsreife“, es widerspreche insbesondere dem Haushaltsgrundsatz der Vollständigkeit (Artikel 110 Abs. 1 des Grundgesetzes), wonach eine Unter- oder Nichtveranschlagung von Ausgaben zu vermeiden ist. Darüber hinaus scheint der Forderungsverkauf im höchsten Maße unwirtschaftlich zu sein: Nach den Feststellungen des Bundesrechnungshofes beträgt der Barwert der zu veräußernden Forderungen ca. 14 Mrd. Euro; die Bundesregierung will hierfür offenkundig lediglich einen „Preis“ von insgesamt rund 8 Mrd. Euro erzielen. Der Bund würde damit Ansprüche im Barwert von etwa 6 Mrd. Euro verlieren.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die geplante Veräußerung von Forderungen der Postunterstützungskasse (PUK) gegen die Postnachfolgeunternehmen zu unterlassen und stattdessen die Finanzierungslücke im Haushalt 2005 durch Kürzungen bei den konsumtiven Ausgaben zu schließen.

Berlin, den 25. November 2004

**Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**

